

**Überkommen den Begriff des Familienstaus, wenn Sie den gefundenen sozialen Gedanken, der in dieser Vorlage liegt, verwerten. — Abg. Ulrich (Soz.), der Vorsitzende der Vorlage ist gut, womit ich nicht sagen will, daß wir mit ihr, so wie die Regierung sie uns vorgelegt hat, einverstanden sind. Wir werden, da wir das Prinzip als gut anerkennen, jetzt dafür stimmen. Was wir in der zweiten Sitzung tun werden, das behalten wir uns vor. In der Kommission hat einer der Herren gesagt, es sei das sein Erbrecht des Staates, sondern ein Erb-Staub. Die Herren, deren Vorläufe Raubzüge unternommen, trugen dabei wenigstens ihre Haut zu Markt. Jetzt brauchen die Herren sich gar nicht in Gefahr zu begeben, jetzt bedienen sie sich für ihre Raubzüge der Künste der Geheimgebung. (Lärm im Rechtes.) — Präsident Graf Stoiberg: Herr Abgeordneter, Sie sprechen von Räubern und Raubzügen, ich nehme an, daß Sie nicht von Mitgliedern des Hauses sprechen. — Abg. Ulrich erklärt, er habe nicht von Männern gesprochen, und führt dann noch weiter aus, dieser Gesetzentwurf sei noch lange nicht eine Verwirklichung der sozialistischen Gedanken seiner Freunde. — Präsident Graf Stoiberg ruft nadriglich den Vortreter zur Ordnung wegen einer von ihm gebrauchten Wendung der Schriftsetzung bei der Kommission der bürgerlichen Parteien. — Schriftsetzungs-Sudow: Zur Bearbeitung der Vorlage brauche ich wohl nichts mehr vorzubringen. Ich will aber doch noch bemerken: Wenn ich vor etwas Angst habe, so ist es darum, daß die Regierung bei ihren Vorlagen in einer Weise unterstellt wird, wie sie soeben von dem Vortredner unterstellt worden ist. (Beifall rechts.) — Abg. Gröber (Zentrum) lehnt namens seiner Freunde die Vorlage ab, weil sie doch nicht so viel einbringen würde, wie man hofft, und weil sie mit dem Bürgerlichen Gesetzbuche in Widerprüche steht. Der Abg. Jungk ruft seine Freunde und ermöglichende erste das Eigentum! Darauf ist zu erwähnen: das Eigentum besteht auch ohne den Staat. Der Staat ermöglicht es nicht erst, sondern er schützt es nur. Wir, so schreibt Redner, wollen das Familieneigentum, wie es im Bürgerlichen Gesetzbuche festgelegt ist, nicht abändern machen von einer Mehrheit des Bundesstaats und des Reichstags. (Beifall bei der Mehrheit.) — Abg. Blaß freut. So: Die Mehrheit in diesem Hause kennt nur ein Prinzip: Schonung der Bestehenden und Ausweitung der Winderbemittelten. Mit diesem Prinzip ist freilich diese Vorlage hier nicht zu vereinbaren. Beim Tertialvotum-Vorabgruppen habe man aaristischen Interessen zuliebe am dem Bürgerlichen Gesetzbuche gerüttelt, hier, wo es darum handelt, die bestehenden einmal herauzuholen, soll das Bürgerliche Gesetzbuch bestmöglich sein. Redner noch Abg. Stadtthagen (Soz.) für Abg. von Oertzen (Reichs). Abg. Maak (Bürtig, Paal) und Abg. v. Reichbogen (Soz.) gegen die Vorlage geworben, wobei mit 191 gegen 136 Stimmen in namentlicher aller übrigen Paragraphen in einfacher Abstimmung abgelehnt. Das Gesetz ist damit auffallen.**

Es folgt die zweite Sitzung des Weinsteinergesetzes. Die Kommission beantragt Ablehnung des Gesetzes, sowie eine Erhöhung der Schaumweinsteuer. Ein Antrag Graf Manig (Soz.) und Schmitz (Reichsop.) verlangt eine Steuer für Weine und Traubensaft im Werte von mehr als 10 Mill. für das Hofstifter. Die Steuer soll 7½ Pf. pro Liter betragen. Für Altbierweine soll ein nach dem Werte geprägter Aufschlag von 10 Pf. bis 8 Pf. erhoben werden. Die Erhebung soll durch Landespolizei erfolgen. — Abg. Graf Manig empfiehlt die Vorlage. Man wurde es im Lande nicht verstehen, wenn man Bier und Braumittel höher beurteile und um Weine wieder vorurtheile. — Schriftsetzungs-Sudow erklärt: So sehr die Regierung die Ablehnung ihrer Vorlage bedauere, in müsse er doch dem vorliegenden Antrage widersprechen. Einmal würden durch eine solche allgemeine Weinsteuer, die von den Winzern erhoben werde, diese zu sehr belastet und außerdem hätten bereits einige Einzelstaaten die allgemeine Weinsteuer. So sehr als die Besteuerung der Altbierweine, wie die Regierungsvorlage sie vorstellt, erwartet sei, so müsse er dennoch namens der Regierung die allgemeine Weinsteuer ablehnen. — Abg. Graf Manig bestreitet nunmehr für den Fall, daß sein Antrag angenommen wird, die Besteuerung der Biererzeugungsvorlage (also Altbierweine nebst Schaumweinsteuer). — Abg. Weber (Soz.) befürwortet die Weinsteuer. Unter den gegenwärtigen Umständen lehnen seine Freunde überhaupt alles ab. — Abg. Gröber (Zentrum) wendet sich im Interesse der kleinen Winzer gegen eine allgemeine Weinsteuer. Auch die als Eventualantrag Manig vorgeschlagene Altbierweinsteuer empfiehlt sich nicht, denn durch solche Steuer auf Qualitätsweine würde der Bau der edlen Sorten geschädigt werden. — Abg. Lehmann (Wiesbaden, Soz.) lehnt die Weinsteuer ab. — Abg. Schulz (Wiesbaden): Um die Weinsteuer kommen Sie mit der Zeit nicht herum. Das Volk wird sich nicht auf die Dauer gefallen lassen, daß Sie das Getränk des kleinen Mannes belassen, aber das des wohlhabenden freisäßen. — Abg. Stauffer (Bürtig, Soz.) kommt mit seinen Freunden gegen den Antrag Manig, weil die Steuer nicht auf die Konsumanten abgewälzt, sondern auf den Produzenten bleibe. Nach weiterer Debatte, an der sich besonders auch Abg. Dr. David (Soz.) beteiligt, gegen die Weinsteuer wendet, werden sowohl der Antrag Manig wie auch die Regierungsvorlage abgelehnt. Das Gesetz ist also auffallen.

Es folgt das von der Kommission beschlossene Gesetz betreffend Erhöhung der Schaumweinsteuer auf 7½ Pf. bis 10 Pf. und des Schaumweinsafts auf 150 Pf. pro Doppelzentner. — Abg. Eimel (Soz.) fordert gegen die Erhöhung der Steuer auf Schaumweine, von der er eine starke Bedrohung für die bei der Schaumweinherstellung beteiligten Arbeiterschaften befürchtet. Man befürchtet nämlich Freunde auch gegen den Schaumweinzell; denn viele ehemalige Industriearbeiter würden leiden, wenn Frankreich gegen dieses Zoll an Repressionen greife. — Abg. Gräberger (Zentrum) stellt fest, daß sich die Sozialdemokraten in der Kommission ganz anders zu dieser Steuer verhalten hatten. — Abg. Dr. Müller-Meinhardt (Frei. Soz.) meint, nicht bloß ehemalige, sondern auch andere Industriearbeiter sollten solche Repressionen auszuhalten. Ein solcher Anlauf auf Repressionen würde auch nicht vorliegen, wenn der Zoll in angemessenen Grenzen bleibt, d. h. wenn er mit den inländischen Steuerarten in Einklang steht. An namentlicher Abstimmung werden hierauf die Kommissionssitzungen mit 200 gegen 125 Stimmen bei drei Stimmboltenstimmen abgelehnt. Hierauf wird Verhandlung beobachtet. Der Präsident schlägt vor, morgen 11 Uhr: Weies verließend vollständige Verwendung von Weies, dann Weiterberatung der Steuergesetze. — Abg. Goethe in (Frei. Soz.) protestiert dagegen, daß das Gesetz quer auf die Tagesordnung gesetzt werde. Nach längerer Debatte wird beschlossen, es beim Vorsitzenden des Präsidiums an belassen. — Schluss 7½ Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die 2. Sitzung der Reichsfinanzkommission soll am Donnerstag beendet werden und die 2. Sitzung am Freitag und Sonnabend erledigt werden. Die Reichsbefreiungsgesetze werden in der nächsten Woche verabschiedet werden, nachdem die Budgetkommission diese Gesetze in dieser Woche zum Abschluß bringen wird.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Kanalerekrise wird der „Tägl. Rundsch.“ von einer Persönlichkeit, die in der Umgebung des Kaisers weilt, geschrieben: Die bedingte Genehmigung des Entlastungsbefehls des Kaisers in Kiel ist in der huldvollsten Weise erfolgt und der Kaiser hat im Verlaufe der Unterredung wiederholt der

erfolgreichen und angenehmen Zusammenarbeit mit dem Kürten Balow in feindlicher Weise gedacht und auf die Fortdauer der persönlichen Beziehungen größten Wert gelegt. Auch ist durch Balow bewirkt worden, einen Nachfolger vorschlagend. Die Person dieses Nachfolgers soll nunmehr gefunden sein. Seine Ernennung dürfte eine Überzeugung bringen. Die Wahl sei auf eine Persönlichkeit gefallen, die sich fast bei allen Parteien großer Beliebtheit erfreue.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der angeblichen Kanzlerreise nach Travemünde soll der „Politische Tagesspiegel“ ausweisen, daß der Kanzler weder vom Kaiser aufgefordert ist, ihm über die Lage Vortrag zu halten, noch daß der Kanzler seinerseits die Absicht habe. Es darf vielmehr als sicher gelten, daß durch Balow erst noch völliger Friede der Reichsfinanzreform im Reichstage, d. h. wenn kein besonderer Zwischenfall sich ereignet, nach völliger Bekanntmachung dritter Lesung der Reichsfinanzreform zum Vortrage beim Kaiser reisen wird.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Finanzminister der Bundesstaaten werden morgen von neuem zu Beratungen über die neuerlichen Beschlüsse des Reichstags zur Finanzreform und die dadurch geschaffene neue Steuer zusammengetreten.

Berlin. (Priv.-Tel.) An der Börse ging heute das Gerücht, daß an Stelle der Rotierungsteuer eine Talontsteuer treten soll. Man wollte wissen, daß von 10 zu 10 Jahren bei Auslösung der neuen Coupons bzw. Dividendenbogen die neue Steuer erhoben werden soll.

## Neueste Drahtmeldungen

vom 5. Juli.

### Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission trat heute in die entscheidende Verhandlung über die Befreiungsnachreform ein. Es handelt sich darum, einen Ausgleich zu finden zwischen den Beschlüssen der ersten Lesung, die einen Mehrbedarf von 32 Millionen über die Regierungsvorlage hinaus erfordert, und der ablehnenden Haltung der verbündeten Regierungen. Berichterstatter Dr. Troesler (Soz.) teilt mit, daß mit Rücksicht auf die Finanzen und auf die Steuerahler Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden haben, um sich über eine Einschränkung der Beschlüsse erster Lesung zu verständigen. Der Konsens, an einer Vereinbarung zu kommen, ist auf allen Seiten vorhanden gewesen, aber eine Einigung habe sich nicht erzielen lassen bei den zwei schwierigsten Punkten, den Beschlüssen der Pionierzonen und der Poststellen. Am übrigen liegt eine Kompromißvorlage von den Vertretern der Monierpartei, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Reichspartei; Dr. Troesler, Gräberger, Vattmann und v. Liebert, vor. Das Gehalt der Postbahnen soll nach den Beschlüssen der ersten Lesung 1200 bis 1800 Mark betragen. Abg. Vattmann (Bürtig, Soz.) beantragt für den Fall, daß der Reichstag erster Lesung nicht aufrecht erhalten werden sollte, 1200 bis 1700 Mark. Nationalliberale und Kreisgruppe, Bad-Heidelberg und Leipzig, fordern in einem Nachtragsetat pensionsfähige Bildungen von 200 Mark für die ältesten Hälften dieser Beamten, soweit sie bereits in dem Betrage des Hochhaltes gelöscht sind. Der Staatssekretär erklärt sich an einem Entgegenkommen mit dem Zuge von 1100 bis 1700 Mark, zu erreichen in 21 Jahren, bereit. Das wurde 2½ Millionen mehr machen als nach der Regierungsvorlage. Noch weitere Mehrförderung sei unannehmbar. Die Postverwaltung würde, wenn die Kommissionsschläfe von 1200 auf 1800 Mark für die Postbahnen und 1800 bis 2000 Mark für die Postämter keinen Nutzen erhalten sollten, überhaupt keinen Ueberholt mehr bringen, im Gegenteil, eindeutlich den Konsequenzen ein Minusergebnis von 5 Millionen. — Der preußische Finanzminister erklärt die Kommissionsschläfe und den Antrag Vattmanns für unannehmbar. Man müsse im Einzelfall eben mit der neuerlichen Leistungsfähigkeit. Die verbündeten Regierungen seien bereit, im ganzen 17 Mill. über ihre Postämter hinaus zu billigen. Sozialist der Staatssekretär erklärt, daß das Unannehmbar der Regierung absolut bindend sei, wird nach langer Debatte der Reichstag erster Lesung: 1200 bis 1800 Mark, einheitlich aufrecht erhalten. Am Freitag wird, wenn nicht genau neue Steuern bewilligt werden, die Entscheidung vermutlich anders ausfallen. Weiterberatung Mittwoch.

### Prozeß Hammann.

#### (Vergleiche Tagesgeschichte.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Prozeß Hammann wurden im Laufe des Vormittags folgende Zeugen vernommen: Kammergerichtsrat Simeon, Rechtsanwalt Reinhardt, der Reichsbeistand von Professor Schmitz während des Geschworenenprozesses gegen dessen erste Gattin. Als dritter Zeuge wurde die über 2 Uhr hinaus der Landgerichtsrat vernommen, der den Eid Hammanns entgegennehmen hat. Der Vorsitzende hat den Nebenkläger Professor Schmitz noch einmal ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß er alle seine Aussagen unter seinem Eid mache. Wie es heißt, soll der Prozeß noch heute zu Ende geführt werden.

### Der Nordoprozeß Breuer.

Trier. (Priv.-Tel.) Der Nordoprozeß gegen den Rennfahrer Breuer nahm heute morgens vor dem Schwurgericht zu Trier unter großem Andrang des Publikums seinen Anfang. Breuer wird beschuldigt, den Mühlenerbrenner Ferdinand Mathonet aus St. Ruth in der Eifel ermordet zu haben. Unter den Zeugen befinden sich zahlreiche Berliner Rennfahrer, Rennfahrer und Chancionetten. Die bekannten Rennfahrer Nohl und Peters sind ebenfalls als Zeugen geladen worden, aber nicht erschienen. Ferner ist von der Verteidigung der inzwischen zum Tod verurteilte Autotechniker Moosch geladen, der seinerzeit im Koblenzer Schnellauge den Agenten Regel ermordete. Mit diesem soll der Angeklagte Beleidigung unterhalten haben.

### Die Eröffnung der Tauernbahn.

Bad Gastein. Die Eröffnungsfahrt Kaiser Franz Josephs auf der neuen Teilstrecke der Tauernbahn gestaltete sich zu einer ununterbrochenen Kette begeisteter Huldigungsfestlichkeiten für den großen Monarchen. Auf allen Stationen hatten sich die Gemeindevertretungen, die Schuljugend, Kriegervereine u. a. zur Begrüßung eingefunden. In Südtirol erschienen die aus Salzburg eingetroffenen Feiginge. Auf eine Ansprache des Landeshauptmanns erwiderte der Kaiser, er empfände eine ganz besondere Beifriedigung, das große Werk vollendet zu sehen, das eine neue Ader des Weltverkehrs durch das schöne Kronland leite. Möge der rege Verkehr auch Stadt und Land Salzburg gehoblich fördern. Sodann bestieg der Kaiser unter eindrucksvollen Demonstrationen den Hofzug zur Fahrt nach Bad Gastein, wo er gegen 12 Uhr mittags eintrat und enthusiastisch empfangen wurde. In seiner Antwort auf die Huldigungen des Gemeindedirektors drückte der Kaiser die Hoffnung aus, daß die neue Linie dem Kurorte ein weiteres Aufblühen bringe. Nachdem er zahlreiche Persönlichkeiten angeprochen und die Front der Vereine abgeschritten hatte, bestieg der Kaiser unter begleiteten Hochrufen den Hofzug zur Rückfahrt nach Wien.

### Morollo.

Madrid. (Priv.-Tel.) Der Direktor des Kapitales wurde von Muñoz Gascón in Madrid empfangen und hat aus seinem Munde folgende Erfahrungen erhalten: Die Iberische Welt, die ich nach Madrid entstand, bedeutet nicht, daß iranische Schwierigkeiten zwischen Spanien und Marocco bestehen, aber der Kontakt, der von Spanien an mich schafft ist, hat sich mit auffälliger so unverträglich gemacht, daß es nötig geworden ist, daß meine Gesandten über das verhandeln, was er nicht erledigen wollen. Während des Gesprächs lehnte der Sultan jede Neuordnung über die Riff-Angelegenheit ab

und erklärte, diese Frage sei eine einfache Frage der Rechtigkeit.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichskanzler Fürst Bismarck empfing heute den Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Nieberding und überreichte ihm das ihm aus Anlaß seines 50jährigen Amtsjubiläums vom Kaiser verliehene Großkreuz des Roten Adlerordens.

Berlin. (Priv.-Tel.) Sächsische Orden erhielten: Konrad Melchner das Ritterkreuz 1. Klasse mit der Krone des Albrechtsordens, Max von Stein das Ritterkreuz 1. Klasse des selben Ordens, der 1. Sekretär Walter beim Generalkonsulat in Neapel das Albrechtskreuz und der 2. Sekretär Schaller bei demselben Generalkonsulat das Ehrenkreuz.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die amerikanischen Schiffer, die sich zum Bundesfesten nach Hamburg begaben, sind heute nachmittag aus Mainz in Stärke von 110 Mann eingetroffen. Sie werden bis Freitag hier verweilen und sich dann nach Hamburg begeben.

Travemünde. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Schiffsverein hielt heute seine Mitgliederversammlung ab. Den Vorsitz führte der Großherzog von Oldenburg. Den Jahresbericht erstattete Professor Schilling, Kommerzienrat Dr. Guillaume legte Rechnung ab. Die Versammlung, der auch zahlreiche Mitglieder der dort neu gegründeten Abteilung heimwohnten, wurde nach einer Beschreibung des neuen, noch im Bau befindlichen zweiten Schiffs, das am 28. September vom Stapel laufen soll, geschlossen. Es folgte eine Übungsfahrt auf dem Schulschiff des Vereins „Großherzogin Elisabeth“, an die sich heute eben ein Festmahl anschließt.

Köln. (Priv.-Tel.) Der Konstanzer Korrespondent der Köln. Zeit. meldet, daß ein englisches Syndikat die Konzession einer Eisenbahmlinie von Erzerum nach Trapezunt verlängere. Die Regierung verhandelt gegenwärtig mit England, weil nach dem Abschluß von 1892 England das Privileg habe, im sogenannten Schwarzen Meer-Boden Bahnen zu bauen, wenn die Türkei solches nicht selbst tut.

Stuttgart. Der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Hans Häbner ist gestorben.

Friedrichshafen. (Priv.-Tel.) Die Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft beschäftigt die schwimmende Reichsschiffahalle anzukaufen, sobald „J. II“ vom Reihe abgefahren sei.

Wien. (Priv.-Tel.) Der hier angelangte „Zeppelin I“ wird vorläufig keinen Aufstieg unternehmen. Die alte Gasfüllung wird entkettet und kleine Reparaturen sollen ausgeführt werden. Major Sperling ist heute früh 9 Uhr nach Berlin abgereist.

Posen. (Priv.-Tel.) In der Prozeßsache der Bahnwärterstrauß Cäcilie Meyer wegen Herausgabe des kleinen Grauen Asche & Wileco hat das Oberlandesgericht Verhandlungstermin auf den 12. Juli anberaumt.

Budapest. Der Ministerrat nahm heute zu dem Wunsche des Königs Stellung, daß das Kabinett, das demissioniert hat, bis zum Herbst die Geschäfte weiterführen. Der Ministerrat erklärte, es würde den parlamentarischen Grundlagen widersprechen, wenn das Kabinett, das demissioniert hat, noch längere Zeit an der Spitze der Regierung verblebe. Es sei im Interesse der parlamentarischen Verantwortlichkeit nicht wünschenswert, daß ein Kabinett mit Übergangscharakter neuwährend ernannt werde. Da das Kabinett doch nicht im Gange sei, die parlamentarischen Verhandlungen befußt Öffnung der Krise zu leiten, so werde es bei Beginn der Herbsttagung zur Abstimmung gebracht. Dieser Beschuß wurde von den drei sozialistischen Parteien angenommen. falls der König ihn genehmigt, wird demnächst die Wiederernennung des Kabinetts Wetter die diesmal mit interimsähnlichem Charakter erfolgen.

Rom. (Priv.-Tel.) Auch gestern wurden wiederholt Gräber in Messina und Umgebung verplündert. Man befürchtet, daß die gesamte, vorlängig Küste im Aburischen gegen das Meer bearissen ist und auf lange Zeit hinaus nicht zur Ruhe kommen wird.

Paris. Das Justizpolizeigericht hat den angeblichen Tafamontenkantanten Vemoine zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Sozialist der Staatssekretär erklärt, daß das Unannehmbar der Regierung absolut bindend sei, wird nach langer Debatte der Reichstag erster Lesung: 1200 bis 1800 Mark, einheitlich aufrecht erhalten. Am Freitag wird ihm schon jetzt vorläufig 10000 Francs zugesprochen.

Marseille. Die eingeschriebenen Seeleute haben sich vormittags verirrt. Siele, der Sekretär des Sondats der eingeschriebenen Seeleute, gab den Spruch des Schiedsgerichts bekannt und teilte mit, daß alle früheren Mannschaften wieder einschiffen werden müssen. Die eingeschriebenen lehnen an Bord an.

Göteborg. An Bord des heute hier angelangten deutschen Dampfers „Gauhan“ sind drei zur Begleitung gehörige Chinesen an der Peri-Bucht erkannt. Der Dampfer kam von Christmas Island mit Goldbarren.

Petersburg. Der neue französische Botschafter Louis ist heute hier eingetroffen.

Petersburg. Die Zahl der gestorbenen an Cholera Neuerankten beträgt 68, gestorben sind während derselben Zeit 27 Personen. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 677.

Nachst. eines einachsenden Deutschen Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Freitag 20.25. Sonntag 21.25. Dienstag 22.25. Sonnabend 11.25. Sonntags 12.25. Montags 13.25. Dienstag 14.25. Dienstag 15.25. Dienstag 16.25. Dienstag 17.25. Dienstag 18.25. Dienstag 19.25. Dienstag 20.25. Dienstag 21.25. Dienstag 22.25. Dienstag 23.25. Dienstag 24.25. Dienstag 25.25. Dienstag 26.25. Dienstag 27.25. Dienstag 28.25. Dienstag 29.25. Dienstag 30.25. Dienstag 31.25. Dienstag 32.25. Dienstag 33.25. Dienstag 34.25. Dienstag 35.25. Dienstag 36.25. Dienstag 37.25. Dienstag 38.25. Dienstag 39.25. Dienstag 40.25. Dienstag 41.25. Dienstag 42.25. Dienstag 43.25. Dienstag 44.25. Dienstag 45.25. Dienstag 46.25. Dienstag 47.25. Dienstag 48.25. Dienstag 49.25. Dienstag 50.25. Dienstag 51.25. Dienstag 52.25. Dienstag 53.25. Dienstag 54.25. Dienstag 55.25. Dienstag 56.25. Dienstag 57.25. Dienstag 58.25. Dienstag 59.25. Dienstag 6